

Zschopauer Tageblatt und Anzeiger

Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger erscheint werktäglich. Monatlich. Bezugspreis 1.70 RM. Zustellgebühr 30 Pf. Bestellungen werden in unserer Geschäftsst., von den Boten, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Anzeigenpreise:
Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 93 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pf.; Nachschlüssel E; Ziffer- und Nachschlüssel 25 Pf. zuzüglich Porto.

Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats zu Zschoa und des Bürgermeisters zu Zschopau befähigterseits bestimmte Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau - Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank a. G. m. b. H. Zschopau, Gemeindegeldkonto Zschopau Nr. 241, Postsparkonto: Leipzig Nr. 42844 - Fernsprecher: Nr. 712

Zeitung für die Orte: Bösnichen, Dittersdorf, Dittmannsdorf, Gornau, Hohndorf, Krumbornsdorf, Scharfenstein, Schlöffen, Porschendorf, Walbkirchen, Weißbach, Wilschthal, Witzschdorf

Nr. 95

Dienstag, den 25. April 1939

107. Jahrgang

Mostau stellt Forderungen

Militärbündnis mit Paris und London? — Unbehagen bei den Demokratien

Die englisch-sowjetrussischen Verhandlungen über die Teilnahme Moskaus an dem Einkreisungsmanöver der westlichen Demokratien nehmen eine Entwicklung, der man in London und Paris nur mit größtem Unbehagen zusieht. Es wird berichtet, daß der sowjetrussische Botschafter Malin, der zur Berichterstattung in Moskau war, mit weitgehenden Forderungen Stalins nach London zurückkehrte. Nach Pariser Meldungen fordert Moskau ein Militärbündnis Englands und Frankreichs mit den Sowjets, und zwar soll das Bündnis nicht nur dann in Kraft treten, wenn England und Frankreich angegriffen würden, sondern auch in dem Falle, wo die von Paris und London garantierten Mächte bedroht werden. Diese Forderungen der Sowjets haben die Einkreisungspolitik wohl nicht erwartet.

Nervosität in Warschau

Das Bestreben Moskaus, das Anlehnungsbedürfnis der westlichen Demokratien für seine Pläne auszunutzen, wird in Warschau mit besonderer Aufmerksamkeit und recht geteilten Gefühlen beobachtet. Man hat in Polen das Gefühl, daß man sich in ein Spiel eingelassen hat, das eines Tages sehr gefährlich sein kann.

Das Warschauer Blatt „NAC“ betont, daß Polen entschieden Vorbehalte gegen die Versuche machen müsse, die Sowjets in irgendeiner Aktion gegen die sogenannte Aggression hinzuzuziehen. Das Blatt schreibt, man dürfe nicht vergessen, daß die Sowjetpolitik nicht nur von den Interessen des Staates bestimmt wird, sondern in einem erheblichen Maße von den Interessen der Dritten Internationalen. Polen dürfe sich nicht in das Spiel gewisser internationaler Faktoren hineinziehen lassen, die unter dem Deckmantel der Abwehr „deutscher Angriffe“ ihre eigenen Rechnungen mit dem verhassten Nationalsozialismus begleiten wollten. Polen wünsche nicht, an der Sowjetpolitik mitzuwirken und werde niemals damit einverstanden sein, daß fremde Truppen durch sein Gebiet marschieren unter dem Vorwand, mit dem gemeinsamen Gegner zu kämpfen.

Paris will London diktieren

Englische Wehrpflicht nur eine Geste?

Die Londoner Blätter melden, daß die britische Regierung auf der nächsten Kabinettsitzung sich mit der Frage der Einführung der Wehrpflicht bzw. einer Zwangsregistrierung befassen werde. Sämtliche Blätter weisen auf den Druck hin, der französischerseits dahingehend ausgeübt wird.

„Daily Mail“ will bereits ankündigen können, daß es binnen kurzem zu einem Beschluß über die Einführung einer „gewissen“ Art von Wehrpflicht für Männer unter 25 Jahren kommen werde. Die meisten anderen Blätter gehen aber nicht so weit. Das Oppositionsblatt „Daily Herald“ schreibt, die Militärbehörden hätten für die Regierung ein Memorandum ausgearbeitet, in dem betont werde, daß die Einführung der Wehrpflicht für junge Leute zwischen 18 und 21 Jahren absolut wesentlich sei. Auf der anderen Seite ist jedoch mit größtem Widerstand auf Seiten der Opposition und der Gewerkschaften zu rechnen. Sollten alle diese Gerüchte der Wahrheit entsprechen, meldet die liberale „News Chronicle“, so werde die Labour-Partei ihren Widerstand gegen derartige Zwangsmaßnahmen nicht aufgeben, und damit werde Chamberlain und seine Regierung zu rechnen haben.

Womit Paris abgepeißt werden soll

Nachdem die Frage der allgemeinen Wehrpflicht, vielleicht auch nur die eines allgemeinen Zwangsregisters durch die Pressekampagne der letzten Tage zu einer akuten Frage gemacht worden ist, kommt nunmehr auch der Leiter der Opposition, Attlee, darauf im „Star“ zu sprechen. Er schreibt hier u. a., es wäre nützlich, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, weil man annehme, daß ein solcher Schritt zeigen würde, daß Großbritannien entschlossen sei, eine „feste Haltung“ einzunehmen. Attlee, der im übrigen mit seinen weiteren Ausführungen die Frage der Wehrpflicht als eine schwierige und angeblich wenig erfolgreiche Sache zu kennzeichnen sucht, stellt sich diese feste Haltung als eine „Geste“ vor. Die Wehrpflicht sei eine Maßnahme, die nur auf lange Sicht wirken könne, worauf es ankomme, sei aber eine förmliche „Massenerhebung“. Es sei aber keineswegs gesagt, daß es durch Zwang zu erreichen sei, daß jeder seinem Lande auf das Beste diene. Die

Englands Liebeswerben um Rumänien

Außenminister Gasencu in London

Nach seinem Besuch in Berlin will der rumänische Außenminister Gasencu seit Sonntagnachmittag in London. Am Montag begannen die englisch-rumänischen Besprechungen mit Außenminister Halifax und Ministerpräsident Chamberlain.

Die englische Presse überschlägt sich in ihrem Lobeswerben um Rumänien und begrüßt Gasencu mit Lobeshymnen. Fast einheitlich melden die Londoner Zeitungen, daß die britischen Minister es nicht verfehlen würden, Gasencu „genauestens“ über ihre Einstellung zu unterrichten.

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ bezeugt sich mit der Feststellung, daß Gasencu nach seinen Unterredungen mit dem Führer und von Ribbentrop jetzt Gelegenheit habe, mit den britischen Ministern den „gesamten Fragenkomplex Südosteuropas“ zu überprüfen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, Halifax werde die Frage erörtern, wie weit es möglich sei, den britischen Wunsch auf Herstellung der Sowjetunion in die neue europäische „Friedensfront“ mit der Abneigung Rumäniens und Polens zu vereinfachen, damit diese dann in ein „allgemeines System zusammen mit der Moskauer Regierung“ gebracht werden könnten.

Gasencu über seine Unterredung mit Hitler

Der Außenpolitiker des Londoner Blattes „Daily Sketch“ hatte eine Unterredung mit Gasencu, der zurückhaltend erklärte, seine Aufgabe in London sei verhältnismäßig einfach. Er werde mit Chamberlain und Halifax die Zusammenarbeit der zwischen den beiden Ländern bestehenden Abkommen in freimütiger Weise erörtern. Dann erklärte er: „Meine Unterredung mit Adolf Hitler half ungeheuerlich viele Dinge zu klären. Eine Anzahl von Mißverständnissen ist aufgeklärt worden, und ich ging fort in der Ueberzeugung, daß es möglich sein müßte, zu einem für jedermann befriedigenden Abkommen zu gelangen.“

allgemeine Wehrpflicht würde nur Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten sein.

„Bürgerdienst“ für Jungen und Mädchen

America geht die englische Aufzucht noch nicht schnell genug

Der frühere Minister Amera, einer von den Kriegshelden, kritisierte in London die Maßnahmen der englischen Regierung. Er könne versichern, daß das Vertrauen Frankreichs schwer auf die Probe gestellt sei. Die Ausbildung der jungen Leute, die sich für die Territorialarmee gemeldet hätten, meinte Amera, reiche für einen modernen Krieg nicht aus. Wenn Großbritannien morgen zum Kriege schreite (1), so könne es nicht einmal davon träumen, die Territorialarmee ins Feuer zu schicken, bevor diese nicht weitere drei bis vier Monate ausgebildet sei. Sollte man anders handeln, würde es glatten Nord bedeuten. Die Schaffung des Munitionsmaterials bedeute, daß die Regierung bis zur letzten Woche die Ausrüstung der 250 000 Mann nicht einmal ins Auge gefaßt habe. Es bedeute aber auch, daß die Regierung noch nicht einmal jeht Vorbereitungen treffe oder ins Auge fasse, um mehr als 25 Divisionen auszurüsten. Wenn aber Großbritannien zum Kriege schreite, müßte es die zehnjährige Zahl an Mannschaften ausrüsten.

Amera setzte sich dann für einen Plan ein, wonach Jugendliche beiderlei Geschlechts zwischen 15 und 18 Jahren ausgebildet werden sollen, und zwar in einer Art Bürgerdienst, der jährlich eine viermonatige Ausbildung in militärischen Lagern vorlieht.

FF-Gruppenführer Weineich fünf Jahre Chef der FF

Am 25. April vor fünf Jahren wurde FF-Gruppenführer Hans Weineich vom Reichsminister des Innern, Dr. Frick, zum Chef der Technischen Wehrkräfte ernannt. Die FF ist unter seiner Führung zu einer kraft geliebten, vom nationalsozialistischen Geist durchdrungenen Organisation ausgebaut worden.

FF-Gruppenführer Weineich, der 1896 in Merseburg geboren wurde, nahm als Kriegsveteran teil. Später als Leutnant am Weltkrieg teil und erhielt u. a. das Eiserne Kreuz I. Klasse. 1920 war er im Frontbann und in der Deutschen Volkischen Freiheitspartei tätig. 1922 trat er der NSDAP bei, und ist Anhänger des goldenen Ehrenzeichens der Partei.

Gescheiterte Hoffnungen

Die Einkreisungspolitik haben wieder einmal eine schwere Schlappe erlitten. Der Abschluß der italienisch-jugoslawischen Besprechungen in Venedig bedeutet für Paris, London und Washington eine bittere Enttäuschung. Ein Staat, um den sich die westlichen Demokratien besonders bemüht hatten, hat den Schutz, den man ihm angetragen hat, abgelehnt. Man tanzt nicht überall nach der Melodie, die London und Paris pfeifen. Jugoslawien hat sich eindeutig zur Achse Berlin-Rom betannt. Die entschiedene Politik Deutschlands und Italiens ist ihnen ein sicherer Schutz für die Zukunft als der Schirm Chamberlains.

Die Entscheidung Jugoslawiens liegt auf der Linie der Politik, die dieser südosteuropäische Staat seit über zehn Jahren bewußt betreibt. Prinzregent Paul schlug nach dem Tode König Alexanders bewußt den Weg der außenpolitischen Selbständigkeit des Landes ein. Im Anfang mag Jugoslawiens Politik innerhalb des Bündnisses mit Frankreich und zusammen mit den anderen Entente-Mächten erklärlich gewesen sein, wenn man sich vor Augen hält, daß jeder neugeschaffene Nachkriegsstaat, der seine nationale Sonderheit erkämpfte, zunächst einmal dort Anlehnung suchte, wo er politische Freunde zu finden glaubte. Aber Jugoslawien ist in dem Augenblick eigene Wege gegangen, als es erkannte, daß das von Paris über Südosteuropa ausgebreitete Paktssystem das Aufleben nationalen Eigenlebens der im Bunde mit Paris stehenden Mächte voraussetzte. So hat sich Jugoslawien aus dem Weg, das Paris und Moskau über dem Südosten Europas anzuspannen bemüht waren, befreit. Trotz aller Versuche Moskaus hat sich das jugoslawische Volk eine natürliche Reserve gegenüber den weltrevolutionären Zielen bewahrt. Es näherte sich immer mehr und mehr dem italienischen Nachbarn, bis schließlich im März 1937 der italo-jugoslawische Pakt geschlossen wurde, der einen großen Beitrag für die Befriedung im Mittelmeer bedeutete. Dieser Pakt ist durch die Venediger Gespräche weiter vertieft worden, und die „besondere Herzlichkeit“, die in dem Schlußbericht der Verhandlungen betont wird, ist sicherlich keine leere Phrase. Das beste Zeichen für die Wirkung, die das jugoslawisch-italienisch-deutsche Freundschaftsverhältnis in Paris und London ausgelöst hat, ist die ohnmächtige Wut und die Enttäuschung, die sich in den Blättern der demokratischen Westmächte ausdrückt. Die Weltpresse hat eine Schlappe verloren.

Es scheint überhaupt, als wenn den Einkreisungs-fanatikern in London und Paris in diesen Tagen nicht ganz wohl ist. Sie glaubten den größten Schlag gegen die autoritären Staaten zu führen, indem sie sich Moskau näherten. Jetzt müssen sie die Erfahrung machen, daß es ihnen mit Moskau so geht wie mit jenen Menschen, denen man den kleinen Finger bietet und die die ganze Hand wollen. Die Sowjets wittern eine große Chance. Sie versuchen, das Anlehnungsbedürfnis Englands und Frankreichs möglichst für sich auszunutzen. In seinen Londoner Besprechungen hat der Sowjetbotschafter Malin sich ein Bild von den Plänen machen können, die die Demokratien in Europa vorhaben. Herr Malin hat sich als guter Demokrat zu tarnen verstanden und sich damit das Vertrauen der Demokratien erworben. Dann ist er nach Moskau gefahren und hat dem roten Jaren im Kremi Bericht erstattet. In Paris und London glaubte man das Spiel schon gewonnen, ohne sich dabei Strapaz darüber zu machen, daß sich die Demokratie mit dem Volksewismus verbrüderete. Jetzt aber scheint das dicke Ende nachzukommen. So billig denkt Moskau seine Freundschaft nicht zu verschenden. Schließlich liegt ihm gar nichts daran, sich Bundesgenosse Englands und Frankreichs nennen zu dürfen. Die Interessen der Sowjets liegen ja auf ganz anderem Gebiete. Ihre Parole heißt Weltrevolution, und alle politischen Ziele sind diesem höchsten Ziel des Volksewismus untergeordnet. Will man in Paris und London also die Freundschaft Moskaus, dann wird Stalin Forderungen stellen, Forderungen, die darauf abzielen, dem Volksewismus in England und Frankreich ein neues Sprunghölzchen zu geben.

Sehr treffend hat ein großes amerikanisches Blatt, das schon seit langem die Anlehnung Roosevelts bei den Sowjets mit schwersten Bedenken beobachtet, Moskaus Politik gekennzeichnet. Das Blatt veröffentlicht eine Karikatur, die überschrieben ist: „Das trojanische Pferd des Kommunismus“. Nach außen hin als demokratischer Gaul aufgezäumt, verbirgt sich in diesem hölzernen Pferd die Weltrevolution. Ziehen England, Frankreich und Amerika nach dem Vorbild der Trojaner das hölzerne Pferd in ihre Mauern, dann werden seinem Wauche die Sturmtruppen des Kommunismus entspringen.

Jrgendwie fühlt man das in London und Paris, und man ist daher gar nicht erbaud darüber, daß Moskau